

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/14/2015

**über die öffentliche öffentliche Sitzung
des Bau- und Planungsausschusses am 18.11.2015,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 22:04 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler bis 22:02 Uhr
Frau Monja Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke
Herr Uwe Gaumann
Herr Uwe Graßau

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Engel Seniorenbeirat, öffentl. Teil
Frau Yasmina Klix Kinder- und Jugendbeirat, bis 21:12 Uhr
Herr Angelius Krause Behindertenbeirat, öffentl. Teil
Frau Karen Schmick ab 19:04 Uhr

Sonstige, Gäste

Herr Dennis Barth Procom Invest GmbH & Co. KG, zu TOP 7
Herr Christof Gläser K-Motion GmbH & Co. KG, zu TOP 7
Herr Mathias Kemme K-Motion GmbH & Co. KG, zu TOP 7
Herr Michael Kothe Edeka Handelsgesellschaft mbH, zu TOP 7
Herr Mike Müller Melchers Immobilien
Herr Stefan Röhr-Kramer WRS Architekten & Stadtplaner GmbH,
zu TOP 7 und 8
Herr Jan Siemer Siemer Kramer Architekten Ingenieure Part-
nerschaft mbB, zu TOP 7
Frau Cathrin Weidler WRS Architekten & Stadtplaner GmbH,
zu TOP 7 und 8

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Ulrich Kewersun
Frau Andrea Becker
Frau Juliette Schickel
Frau Katharina Freimuth
Frau Maren Uschkurat

bis 21:01 Uhr

bis 21:38 Uhr

Protokollführerin

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 12/2015 vom 07.10.2015
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Busbegleitservice 2016
 - 6.2.2. Verfahrensstand beim Bebauungsplan Nr. 88
 - 6.2.3. Radschnellwege in der Metropolregion Hamburg
 - 6.2.4. Ausbau Drei-Meter-Weg
7. Vorstellung von Konzepten für die "Alte Reitbahn" und für die "Bahnhofstraße 17 - Kinoplanung"
8. Städtebauliche Studie "Kastanienallee/Wohnen am Auerand"
- Vorstellung erster Konzepte zur möglichen Bebauung
9. Städtebaulicher Vertrag über die Herstellung der Verbindung zwischen der Manfred-Samusch-Straße und der Hamburger Straße **2015/115**
10. Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung bezahlbaren Wohnraums **AN/036/2015**
11. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts **2015/131**
12. Erlass der Haushaltssatzung 2016 **2015/133**
13. Vergabe von Straßennamen für das Gebiet Bebauungsplan Nr. 88 **2015/034**
- Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd
- a b g e s e t z t -

14. Verschiedenes

14.1. Reinigung der Fahrradbügel Am Lokschuppen

14.2. Koordination von externen Präsentationen

14.3. Lob an die Verwaltung

14.4. Umbau des Platzbereiches Hagener Allee

14.5. Baugrunduntersuchung auf dem Lindenhof

14.6. Vorgehen zum Ankauf des Speichers

14.7. Rechtsabbieger an der Weinberg-Kreuzung

14.8. Weihnachtsfeier des BPA

14.9. Artikel zur Bahnstrecke Hamburg - Lübeck

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende Herr Möller begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben.

3. **Einwohnerfragestunde**

Herr Mächler nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 7 „Vorstellung von Konzepten für die Alte Reitbahn und die Bahnhofstraße 17“. Er fragt, ob in der heutigen Sitzung Beschlüsse geplant sind oder es sich lediglich um Kenntnisaufnahmen handelt. Sollte eine Beschlussfassung geplant sein, gibt er zu bedenken, dass der Beschluss nicht im Vorgriff zum Flächennutzungsplan getroffen werden sollte. Daraufhin wird berichtet, dass seitens der Verwaltung in der heutigen Sitzung nur eine Vorstellung der Konzepte und keine Beschlussfassung geplant ist.

4. **Festsetzung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 29.10.2015 vorgeschlagene Tagesordnung und fragt ob es Änderungswünsche gibt. Seitens eines Ausschussmitgliedes wird gebeten den Tagesordnungspunkt 15 zu streichen, da laut Vorlage keine Behandlung im BPA vorgesehen ist und der Finanzausschuss sich bereits gegen den Rückkauf ausgesprochen hat. Daraufhin entgegnet der Vorsitzende, dass die Zuständigkeit des BPA durch die Städtebauförderung gegeben ist und das Thema in der heutigen Sitzung behandelt werden sollte.

Die Verwaltung teilt ferner mit, dass der TOP 13 entfallen kann, da noch keine aktualisierte Vorlage zu den Straßennamen vorliegt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

Das Beschlusscontrolling wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Busbegleitservice 2016

Die Verwaltung nimmt Bezug auf den durch den „Zentrum für interkulturelle Bildung und Arbeit (ZiB) e. V.“ auf der Linie 569 seit Jahren geleisteten Busbegleitservice. Zuletzt konnte der Leistungsumfang erhöht bzw. der Service ausgeweitet werden; verwiesen wird auf den Antrag AN/021/2015, die BPA-Beratung am 06.05.2015 sowie die Mittelbereitstellung im I. Nachtragshaushalt 2015.

Der ZiB e. V. hat nunmehr das Leistungsangebot für das Jahr 2016 eingereicht. Er geht davon aus, dass

- man sich weiterhin konzentriert auf die HVV-Linie 569 (konkret Olandstieg/Helgolandring – SZ Am Heimgarten),
- die Zeit abgedeckt wird Montag bis Samstag zwischen 9 und 13 Uhr sowie
- an den stark frequentierten Wochentagen Mittwoch und Donnerstag 2 Busbegleiter eingesetzt werden (30-Minuten-Takt), ansonsten eine Person eine Betreuung im Stundentakt gewährleistet.

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2016 stehen bei PSK 54700.5317000 Mittel von 6.500 € bereit, wobei hierdurch neben den 24 Personenmonaten für Busbegleiter á 250 €/Monat (= 6.000 €) auch eine gewisse Vertretung während der Urlaubszeit mit abgedeckt wird.

Die im Laufe des Jahres 2016 geplante Änderung an der Führung der HVV-Linie 569 hat keinen Einfluss auf die Leistung und damit Förderung des Busbegleitservice.

Das Leistungsangebot sowie der dementsprechende Förderantrag ist in enger Abstimmung mit der Vertretung im Behindertenbeirat erstellt worden und wird von dort begrüßt.

6.2.2. Verfahrensstand beim Bebauungsplan Nr. 88

Bereits in ihrer gemeinsamen Sitzung am 18.03.2015 hatten BPA und UmwA den Entwurf und die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 88 (Gebiet Beimoorweg, Kornkamp-Süd und Aue) gebilligt. Trotzdem konnte der Plan seitdem nicht – wie in Vorlagen Nr. 2015/006 vorgesehen – ausgelegt und den Trägern öffentlicher Belange übermittelt werden, da der Städtebauliche Vertrag gemäß § 11 BauGB bisher nicht unterzeichnet worden ist. Diesem Vertrag hatte die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 23.03.2015 auf Basis der Vorlagen Nr. 2015/010 zugestimmt; er sichert bei einer Ausweitung des Sondergebietes im B-Plan Nr. 88 die Standortverlagerung des Einzelhandelsbetriebes und den Ausschluss einer entsprechenden Nachnutzung am nördlichen Ende des Kornkamps. Ein Grund für das Nichtzustandekommen des Vertrages ist die damit verbundene rechtliche Bindung des derzeitigen Grundeigentümers.

Die Vertragskonstellation könnte sich mit Ablauf des Jahres 2015 ändern, wobei derzeit auch nicht ausgeschlossen werden kann, dass die zeitnahe Verwirklichung der Gewerbegebietsflächen nur über eine Teilung des Geltungsbereiches gewährleistet werden kann.

6.2.3. Radschnellwege in der Metropolregion Hamburg

Veranlassung

Im Rahmen des Leitprojektes „Regionale Erreichbarkeitsanalysen“ der Metropolregion Hamburg benötigt die Arbeitsgruppe des Teilprojektes „Radschnellwege“ die Unterstützung der Landkreise und Kreise. Diese wurden dazu aufgefordert geeignete Korridore für Radschnellwege zu benennen.

Projekthintergrund „Radschnellwege“

Unterschiedliche potenzielle Routen sollen auf ihre Auswirkungen hinsichtlich ihrer Erreichbarkeiten untersucht werden. Es geht hierbei um die Frage, in welchem Umfang sich die Reisezeiten zu Arbeitsplätzen, Schulen, Freizeiteinrichtungen oder Bahnhöfen verringern, wenn eine entsprechende bauliche Umsetzung der Radschnellwege erfolgt. Dabei geht es insbesondere auch um den Vergleich zwischen unterschiedlichen Varianten bzw. unterschiedlichen Trassenführungen. In einem weiteren Schwerpunkt wird untersucht, welche Reisezeitvorteile bei einer Verknüpfung von ÖPNV und Fahrrad entstehen können, wenn wichtige Bahnhaltstellen durch einen Radschnellweg angebunden sind. Neben diesen quantitativen Auswertungen wird es auch eine qualitative Abschätzung der zu erwartenden Kosten und der zu erwartenden Konflikte bei der baulichen Umsetzung gegeben.

Mögliche Trassenführung „Radschnellwege“ der Stadt Ahrensburg

Der Stadt Ahrensburg liegt ein ausgearbeitetes Radverkehrskonzept mit 10 Velorouten vor. Für jeden Streckenverlauf sind bereits detaillierte Pläne zur Umsetzung vorhanden. Es ist angedacht, dass die Trassenführung eines Radschnellweges auf einem überwiegenden Teil dieser Velorouten verlaufen könnte.

Der Routenvorschlag der Verwaltung beginnt an der Grenze Hamburg/Schleswig-Holstein. Es bietet sich an, auf dem Ahrensburger Weg aus Hamburg kommend die Trassierung in Schleswig-Holstein auf dem Bornkampsweg zu beginnen. Die Route eines Radschnellweges könnte vom Bornkampsweg bis zur Kreuzung Wulfsdorfer Weg verlaufen. Der Trassenverlauf kann dann weiter auf dem Wulfsdorfer Weg (Veloroute A5), der Fritz-Reuter-Straße (Veloroute A5) und der Straße Bei der Doppeleiche (Veloroute A5) fortgesetzt werden. An der Kreuzung Doppeleiche/Große Straße müsste die Trasse in Richtung Alter Markt (Veloroute A7) abknicken und weiter in Richtung der Straße Am Weinberg (Veloroute A7) verlaufen. Hier ist eine Querung über die Bahn in Richtung Gewerbegebiet zum Beimoorweg angedacht (Veloroute A5). Um den Anschluss der Trasse in Richtung Delingsdorf und Bargteheide zu bekommen, bietet sich die Führung eines Radschnellweges auf der geplanten Veloroute A10 auf der Straße Alter Postweg an. Eine weitere Möglichkeit wäre, die Trasse weiter auf dem Beimoorweg verlaufen zu lassen.

Als alternative Trasse bietet sich vom Wulfsdorfer Weg aus der Verlauf der Veloroute A2 über die Friedrich-Hebbel-Straße, die Friedensallee und weiter durch den Mühlenredder bis zur Lübecker Straße an. Der Verlauf Richtung Delingsdorf/Bargteheide kann entlang der Lübecker Straße (Veloroute A8) erfolgen.

6.2.4. Ausbau Drei-Meter-Weg

Der Drei-Meter-Weg ist eine 3 m breite Fußwegeparzelle, derzeit bestehend aus einer Grandbefestigung. Diese soll 2 m breit gepflastert und zusätzlich mit einer Beleuchtung ausgestattet werden.

Der Weg stellt eine Verbindung für Fußgänger zwischen der Gustav-Delle-Straße und der Otto-Schumann-Straße sowie den Bushaltestellen der Buslinie 576 dar. Seit dem 31.08.2015 wird die Bushaltestelle badlantic angefahren, womit der Bedarf des Erreichens der Bushaltestellen und somit des Ausbaus deutlich gestiegen ist.

Bei dem Ausbau des Drei-Meter-Weges handelt es sich um eine Baumaßnahme zur Qualitätsverbesserung für den Fußgänger durch die neue Pflasterung.

Zukünftig soll der Fußgänger den Weg „trockenen Fußes“ benutzen können.

Geplant sind Kosten in Höhe von ca. 70.000 €, die im PSK 54100.0900001 zur Verfügung stehen.

7. Vorstellung von Konzepten für die "Alte Reitbahn" und für die "Bahnhofstraße 17 - Kinoplanung"

Einleitend stellt die Verwaltung den geplanten Ablauf (**vgl. Anlage 1**) der nachfolgenden Präsentationen vor und betont, dass Fragen bitte jeweils nach den Vorträgen gestellt werden sollten. Dann übergibt die Verwaltung das Wort an Herrn Röhr-Kramer, der das städtebauliche Entwicklungskonzept für das Grundstück „Alte Reitbahn“ vorstellt (**vgl. Anlage 2**). Zunächst stellt er die städtebauliche Situation des Grundstücks, insbesondere die Nutzungen in der Umgebung sowie die Grün- und Wegeverbindungen vor. Anschließend erläutert er die planerischen Ziele, wie z. B. den Erhalt und die Ergänzung der öffentlichen Parkplätze sowie Schaffung eines differenzierten Wohnkonzeptes vor. Auch die Berücksichtigung der bestehenden Höhenentwicklung ist ein wichtiges Kriterium für das Konzept.

Abschließend stellt er das Ergebnis der Studie, was kein Entwurf für eine Bebauung darstellen soll, vor. Hervorzuheben ist, dass 2 Baukörper denkbar wären, ein größerer und ein kleinerer für eine reine Wohnnutzung.

Auf Nachfrage wird von Herrn Röhr-Kramer bestätigt, dass die Empfehlungen grundsätzlich bei der weiteren Planung zu berücksichtigen sind. Hinsichtlich der Ausnutzbarkeit wird betont, dass das Ergebnis das Maximum darstellt, welches selbstverständlich unterschritten werden kann.

Anschließend werden verschiedene Aspekte der Fuß- und Radwegverbindung angesprochen.

Auf die Kritik hin, dass das Ergebnis der städtebaulichen Studie wie maßgeschneidert für eins der nachfolgend vorgestellten Projekte wirkt, wird betont, dass man seit Jahren mit dem Kinobetreiber in Gesprächen ist und lediglich der erste Punkt der Beschlussvorlage umgesetzt wurde.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Beschluss, der in der BPA-Sitzung am 15.07.2015 gefasst wurde, lautet wie folgt: „Die nachstehend vorgestellte Planung zur Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses auf dem Grundstück Alte Reitbahn sowie zur Errichtung eines Kinos an der Bahnhofstraße soll weiter verfolgt werden.“

Ergänzend zu den Ausführungen der Verwaltung berichtet Herr Röhr-Kramer, dass zunächst das städtebauliche Konzept entwickelt wurde und sich dann eines der Konzepte hieran angeglichen hat. Zur Nachfrage, ob sozialer Wohnraum möglich ist, betont Herr Röhr-Kramer, dass insbesondere das kleinere Gebäude sehr gut geeignet hierfür scheint. Hinsichtlich der Kritik, dass die beschlossene Velo-Route in diesem Bereich nicht berücksichtigt wurde, informiert Herr Röhr-Kramer, dass eine Abwägung zwischen der Wohnnutzung und der Velo-Route getroffen werden musste und deshalb eine Verschiebung der Velo-Route zugunsten der umliegenden Wohnbebauung vorgenommen wurde.

Als nächstes stellt Herr Müller anhand einer Folienpräsentation (**vgl. Anlage 3**) das Konzept mit der Ansiedlung eines Kinos in der Bahnhofstraße vor. Nachdem er kurz den zeitlichen Ablauf skizziert, geht er auf das Vorhaben im Einzelnen ein und berichtet, dass in der Bahnhofstraße ein Viersaalkino vorgesehen ist. Das Gebäude soll in Anlehnung an die Umgebung eine Klinkerfassade erhalten. Hinsichtlich der Höhe hat man sich entschieden, sich der P + R-Anlage Alter Lokschuppen unterzuordnen. Auch das Gebäude auf dem Grundstück Alte Reitbahn soll unter der Höhe des Polizeigebäudes bleiben.

Abschließend betont Herr Müller, dass für das Kino eine niedrige Miete angesetzt wurde, um die Langfristigkeit zu gewährleisten.

Nachfolgend bekommt Herr Kothe die Möglichkeit, das Genossenschaftsmodell der Edeka Nord vorzustellen (**vgl. Anlage 4**).

Ergänzend zu dem Vortrag von Herrn Müller stellen Herr Kemme und Herr Gläser ihr Unternehmen sowie die konkrete Planung in Ahrensburg vor (**vgl. Anlage 5**). Hervorzuheben ist, dass das Jahr 2015 das umsatzstärkste Jahr ist. Auch wird darauf hingewiesen, dass ein Saal multifunktionsfähig eingerichtet werden soll, um auch andere Veranstaltungen hierin zu ermöglichen.

Alsdann stellt Herr Barth das Unternehmen Procom vor und kritisiert, dass ihm vermeintlich das städtebauliche Konzept nicht bekannt gewesen sei (**vgl. Anlage 6**). Darauf aufbauend stellt Herr Siemer ebenfalls anhand einer Folienpräsentation (**vgl. Anlage 7**) das Vorhaben im Einzelnen vor. Vorgesehen ist ein großer Baukörper, der aus verschiedenen Gebäudeteilen besteht. Auch hier ist ein Kino mit 4 Sälen vorgesehen. Neben einem Lebensmittelmarkt soll auch ein Elektronikmarkt realisiert werden. Im rückwärtigen Bereich soll ein eingehauster Anlieferschlauch errichtet werden. Die detaillierten Anordnungen sind den Folien zu entnehmen.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Barth, dass im hinteren Bereich ein Fußweg vorgesehen ist.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob bei Zustimmung zur Ansiedlung eines Edeka-Marktes der Markt in der Manhagener Allee gefährdet sei, berichtet Herr Kothe, dass dies nicht zu erwarten sei, da der Markt in der Manhagener Allee im Rahmen des so genannten City-Konzeptes unabhängig von dem derzeit bestehenden Markt in der Bahnhofstraße betrachtet werden kann.

Auf die Kritik hin, dass 70 Stellplätze beim Kino in der Bahnhofstraße zu gering sind, stellt Herr Kemme den gerechneten worst case vor, der sich wie folgt ermittelt. Unter Berücksichtigung des Spitzentages (Samstag) sowie der Spitzenzeit (Abendvorstellung) ist mit 403 Besuchern zu rechnen. Als Vergleichsfall wurde Hameln herangezogen, dort nutzten ca. 12,6 % der Nutzer die vorhandenen Parkplätze. In Ahrensburg wurde sogar ein Satz von ca. 40 % herangezogen. Dies bedeutet, dass 161 Besucher mit dem Pkw kommen. Aufgrund von Erfahrungswerten kommen die Nutzer häufig mit mehreren Personen pro Kfz, sodass max. 64 Stellplätze benötigt werden würden. Zu einer Ausnutzung aller 70 Stellplätze wird es folglich selten kommen.

Die an die Procom gerichtete Frage, wie sich die 160 Stellplätze aufteilen, informiert Herr Barth, dass diese öffentlich zugänglich sein sollen, die Form der Reglementierung jedoch noch geklärt werden müsse. Der größte Kinosaal hat 250 Sitzplätze. Wie bereits von der K-Motion vorgestellt, wird es somit zu keinem Engpass kommen, insbesondere, da abends der Einzelhandel geschlossen hat. Darauf hingewiesen wird jedoch, dass auch von den Wohnnutzungen die Stellplätze in den Abend- und Wochenendstunden mit genutzt werden könnten.

Nachdem der Vorsitzende sich noch einmal bei allen Rednern bedankt hat, gibt er das Wort nochmals der Verwaltung. Diese kommt noch einmal auf ihre eingangs vorgestellte Präsentation (**vgl. Anlage 1**) zurück und gibt dem BPA eine Empfehlung für das weitere Vorgehen. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

8. Städtebauliche Studie "Kastanienallee/Wohnen am Auerand" - Vorstellung erster Konzepte zur möglichen Bebauung

Anhand einer kurzen Folienpräsentation (**vgl. Anlage**) stellt die Verwaltung den zeitlichen Ablauf seit der Beauftragung der Verwaltung für das städtische Grundstück Kastanienallee einen Bebauungsplan in die Wege zu leiten mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu errichten. Im September 2015 hat dann ein erstes Gespräch mit dem möglichen Investor stattgefunden. Danach wurde eine städtebauliche Studie, die nun von Frau Weidler vorgestellt wird, beauftragt.

Wie Frau Weidler berichtet, soll geförderter Wohnraum ggf. auch für Flüchtlinge im Bereich Kastanienallee geschaffen werden. Hierzu wurde zunächst eine Analyse der städtebaulichen Situation vorgenommen. Darauf aufbauend wurden die planerischen Ziele für das Grundstück entwickelt. Hervorzuheben ist hierbei die Lärmsituation aufgrund der Nähe zur Bahntrasse. Im oberen Bereich liegt quasi eine städtebauliche Eingangssituation vor, sodass eine viergeschossige Bebauung denkbar ist. Auf jeden Fall sollte die Bebauung nicht über sechs Geschosse hinausgehen. Abschließend stellt die Verwaltung noch das weitere Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes vor.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes berichtet die Verwaltung, dass eine Satzungsänderung des Vereins Heimat hinsichtlich der Zielgruppe angestrebt wird. Ob diese schon realisiert wurde, kann jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

Abschließend wird festgehalten, dass die bisherige Planung in die richtige Richtung geht, weshalb die Verwaltung die Zustimmung des Ausschusses hat, in der jetzigen Form weiter zu planen. In der weiteren Planung sollte nach Auffassung der Verwaltung darüber nachgedacht werden, den Geltungsbereich des B-Planes bzw. die Bebauung Richtung Norden zu erweitern.

9. Städtebaulicher Vertrag über die Herstellung der Verbindung zwischen der Manfred-Samusch-Straße und der Hamburger Straße

Auf Nachfrage zu § 5 Abs. 2 berichtet die Verwaltung, dass die Abweichung des ausgewählten Unternehmens sich lediglich auf das Straßen- und Tiefbauunternehmen bezieht und selbstverständlich nicht die Geeignetheit einer Abweichung darstellt. Hintergrund ist, dass üblicherweise Tiefbauunternehmen hierfür beauftragt werden. Nach Prüfung durch den Tiefbau wurde das vorgeschlagene Unternehmen jedoch als geeignet eingeschätzt.

Ohne weitere Aussprache wird über die Vorlage wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

11. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die Vorlage mit den Vorschlägen über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts. Insbesondere nachfolgend aufgezeigte Handlungsbedarfe fallen in die Zuständigkeit des BPA:

- Freiwillige Leistungen
- Straßenreinigungsgebühren
- Nutzungsentgelte bei städtischen Räumen
- Überprüfung alter Bebauungspläne
- Standards in der Grünflächenpflege

In Bezug auf die in der Anlage zur Vorlage auf Seite 10 unter Nr. II.9 angeregte Maßnahme, die Straßenreinigungsgebühren zu überprüfen, betont die Verwaltung, dass sich an der personellen Situation gegenüber dem Stand im letzten Jahr nichts geändert hat. Auf Nachfrage verweist die Verwaltung zudem auf die Anfrage AF/2014/009, über die der BPA am 03.12.2014 beraten hat. Da der im Rahmen der Beratung des Haushaltsplanes 2015 gestellte Antrag auf Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zur Beauftragung dieser Leistung aber am 17.12.2014 durch den BPA mehrheitlich abgelehnt wurde, steht diese Alternative auch nicht zur Verfügung.

Die Benutzungsentgelte für städtische Räume werden noch einmal überprüft, werden aber keine großen Auswirkungen auf den Haushalt haben.

Die Überarbeitung von Bebauungsplänen ist mit einem sehr hohen Aufwand verbunden, weshalb dieser Empfehlung nicht gefolgt werden sollte, sondern nach wie vor ggf. mit Befreiungen gearbeitet werden sollte.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage und die dazugehörigen Ausführungen zur Kenntnis.

12. Erlass der Haushaltssatzung 2016

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache, dass noch nicht alle Fraktionen Gelegenheit hatte, ausführlich den Haushalt zu besprechen, wird vorgeschlagen, die Vorlage auf die kommende Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 02.12.2015 als Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Wie in jedem Jahr bietet die Verwaltung an, dass Fragen zum Haushalt gern vorab an die Verwaltung gestellt werden können, damit diese Gelegenheit hat, sich darauf vorzubereiten. Des Weiteren wird der Wunsch geäußert, die für den BPA relevanten Positionen für die Selbstverwaltung zusammenzufassen.

13. Vergabe von Straßennamen für das Gebiet Bebauungsplan Nr. 88
- Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd
- a b g e s e t z t -

14. Verschiedenes

14.1. Reinigung der Fahrradbügel Am Lokschuppen

Ein Ausschussmitglied fragt an, ob die P + R-Anlage Alter Lokschuppen bereits von der Verwaltung abgenommen wurde, da die Fahrradbügel am Lokschuppen Richtung Taxis noch sehr verdreckt sind. Die Verwaltung wird dem nachgehen und eine Reinigung veranlassen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Abnahme der P+R-Anlage soll Anfang Dezember erfolgen. Die Verwaltung wird hierbei die angesprochenen Fahrradbügel genau überprüfen.

14.2. Koordination von externen Präsentationen

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung, zukünftig Vorträge insbesondere, wenn mehrere Präsentationen geplant sind, besser zu koordinieren, da beispielsweise der Vortrag zum Edeka-Markt viel zu lang war.

Hierzu berichtet die Verwaltung, dass die Präsentationen in der heutigen Sitzung so nicht abgesprochen waren und insgesamt eine angespannte Stimmung zu dem Thema herrscht. Des Weiteren wird noch einmal klargestellt, dass beide Projektentwickler das von der WRS vorgestellte Konzept kannten.

14.3. Lob an die Verwaltung

Ein Ausschussmitglied lobt die Verwaltung, da die Weinberg-Kreuzung gut gelungen sei, da insbesondere die Übergänge auch für Fahrradfahrer gut gestaltet wurden. Dem Lob schließen sich sowohl der Behindertenbeirat als auch ein weiteres Ausschussmitglied an, die die zügige Arbeit, insbesondere des Fachdienstes Straßenwesen loben.

14.4. Umbau des Platzbereiches Hagener Allee

Ein Ausschussmitglied kommt auf den Umbau des Platzbereiches Hagener Allee zu sprechen und fragt, weshalb die Anzahl der Behindertenparkplätze auf 7 erhöht wurde, da diese häufig nicht genutzt werden und damit umsonst 3 weitere Kfz-Stellplätze weggefallen sind. Hierzu berichtet der Behindertenbeirat, dass es für Behindertenparkplätze eine Normbreite von 3,50 m gibt. Seiner Auffassung nach jedoch in der Hagener Allee lediglich 2,75 m vorgesehen waren. Die Verwaltung sichert zu, dies im Rahmen des Protokolls zu beantworten.

Anmerkung der Verwaltung:

Parkflächen für Behinderte sind im Gegensatz zu Kfz-Parkplätzen anders zu bemessen. Die Bewegungsfläche vor der Längsseite eines Kfz muss mindestens 150 cm tief sein. Daraus ergibt sich eine Gesamtstellplatzbreite von mindestens 350 cm.

In der Hagener Allee gab es vor dem Umbau 5 Behindertenparkplätze. Auch nach dem Umbau sind es aufgrund der einzuhaltenden Gesamtstellplatzbreite nur 5 Stellplätze. Anzumerken ist, dass auf 3 Kfz-Stellplätze nur 2 Behindertenparkplätze passen. Dadurch ist vermutlich der Eindruck von 7 Behindertenstellplätzen entstanden.

14.5. Baugrunduntersuchung auf dem Lindenhof

Am Donnerstag, dem 19.11.2015, werden auf dem Grundstück Lindenhof Bodenschürfungen durchgeführt. Hintergrund der Arbeiten ist eine ergänzende Untersuchung im Rahmen des Bodengutachtens für den Bebauungsplan Nr. 94. Die Untersuchung wird voraussichtlich einen Tag lang dauern, eine Sperrung des Parkplatzes ist hierfür jedoch nicht erforderlich.

14.6. Vorgehen zum Ankauf des Speichers

Eine Stadtverordnete kritisiert, dass sowohl im Finanzausschuss als auch im Bau- und Planungsausschuss die zuständige Sachbearbeiterin für das Thema „Städtebauförderung“ kein Rederecht bekommen hat und somit nicht einmal die Chance hatte, Hintergrundinformationen zu geben. Es wird gebeten, das Thema in einer weiteren Sitzung noch einmal anzusprechen.

Daraufhin kommt man überein, dass der geplante Vortrag dem Protokoll als **Anlage** beigefügt und per Mail an die Ausschussmitglieder verschickt wird.

14.7. Rechtsabbieger an der Weinberg-Kreuzung

Ein Beiratsmitglied nimmt Bezug auf die Kreuzung Lübecker Straße/Am Weinberg und fragt an, weshalb von der Lübecker Straße Richtung Innenstadt mit dem Umbau einer Signalisierung eingeführt wurde. Hierzu wird daran erinnert, dass dies gemacht wurde, da es in der Vergangenheit mehrfach zu kritischen Situationen in diesem Bereich gekommen ist.

14.8. Weihnachtsfeier des BPA

Auf Nachfrage, ob wieder eine gemeinsame Weihnachtsfeier des BPA stattfinden soll, schlägt die Verwaltung vor, wie im vergangenen Jahr einen Tisch im Einstein zu reservieren, um gemeinsam zu Abend zu essen. Vorgeschlagen wird, die Sitzung am 16.12.2015 bereits um 18:00 Uhr beginnen zu lassen, um dann spätestens um 20:00 Uhr gemeinsam zum Essen zu gehen. Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu.

14.9. Artikel zur Bahnstrecke Hamburg - Lübeck

Dem Protokoll wird ein Artikel zur Bahnstrecke zwischen Hamburg und Lübeck als **Anlage** beigefügt, die im Sommer 150 Jahre alt geworden ist. Auf die Anmerkung, dass ggf. auch der Bahnhof so alt wäre, berichtet ein Ausschussmitglied, dass der Bahnhof einige Jahre jünger ist.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin